

Bonn, den 13. Dezember 1955

Nr. 233/S. 1993

Jede Anerkennung der „DDR“ ein unfreundlicher Akt

Die Besprechungen auf der Bonner Botschafter-Konferenz — Die Lage nach der zweiten Genfer Konferenz

Ministerialdirektor Professor Dr. Grewe, Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, gab am 11. Dezember 1955 Chefredakteur Hans Wendt im Nordwestdeutschen Rundfunk nachstehendes Interview über die am 10. Dezember 1955 beendete Botschafter-Konferenz im Auswärtigen Amt in Bonn:

Frage:

Die Botschafter-Konferenz drehte sich in erster Linie um die Folgerungen aus den beiden Genfer Konferenzen und der Moskauer Begegnung, nicht wahr? Oder was war das Hauptthema?

Antwort:

Es liegt natürlich nahe, daß man sich auf dieser Botschafter-Zusammenkunft in erster Linie mit den Folgen dieser Konferenzen befaßt hat, mit der neuerlichen Verschärfung des Ost-West-Konflikts, der Ost-West-Beziehungen und mit den verschiedenen Vorstößen des Ostblocks und insbesondere auch der „DDR“ nach der zweiten Genfer Konferenz.

Frage:

Wie beurteilen Sie die Presseberichte über einen angeblichen Stimmungswandel im Westen zugunsten einer angeblich weniger unnachgiebigen Haltung gegenüber Pankow?

Antwort:

Solche Zweifel sind in der öffentlichen Meinung ja schon häufiger einmal hervorgetreten. Aber es handelt sich bei dieser ganzen Frage ja nicht in erster Linie um eine juristische Frage, sondern in der Tat um eine politische Frage. Und es scheint mir wichtig zu sein, daß wir das immer wieder mit der gebührenden Deutlichkeit klarmachen. Der Westen weiß im Grunde aber, daß unsere Ansicht zu dieser ganzen Frage hier die maßgebliche sein muß, und wir können in dieser Politik, glaube ich, gar keinen entscheidenden Wandel eintreten lassen. Wir sind nicht nur gebunden durch unsere Verfassung, durch unser Grundgesetz, das jeder Bundesregierung aufgibt, die staatliche und nationale Einheit Deutschlands zu wahren — und die Anerkennung Pankows würde die Zweiteilung Deutschlands bedeuten —, wir können auch deswegen nicht, weil wir uns vertraglich mit unseren Bündnispartnern zusammengetan haben zu einer Politik der Wiedervereinigung in Freiheit. Und wir können endlich auch deswegen nicht anders, weil unsere politischen Grundinteressen so sind, daß wir von dieser Haltung nicht ablassen können. Unsere Grundinteressen gehen auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Wir können deswegen keinen Schritt tun, der die Spaltung befestigt. Wir können auch den Einwohnern der Sowjetzone gegenüber es nicht auf uns nehmen, das Regime anzuerkennen, dem sie inneren und häufig genug auch äußeren Widerstand leisten.

Frage:

Das Wiedervereinigungs-Programm des ganzen freien Westens ist also einschließlich der freien Wahlen und allem unverändert geblieben?

Antwort:

Ich sehe auch keine Anzeichen dafür, daß es sich ändern wird.

Frage:

Ist es richtig, daß auf dieser Botschafter-Konferenz die Politik der Bundesregierung dahingehend definiert worden ist, daß sie die diplomatischen Beziehungen mit jedem Staat abbrechen würde, der etwa Pankow anerkennt?

Antwort:

Man wird zunächst sagen müssen, daß man nicht ganz generell festlegen kann, in welchem Augenblick eine Anerken-

nung im völkerrechtlichen Sinne vorliegt. Es gibt da eine Reihe von Zwischenstufen, die sowohl in der Staats-Praxis wie im Völkerrecht umstritten sind. Klar ist — und das haben wir oft genug deutlich gemacht —, daß die Intensivierung der Beziehungen mit Pankow von uns als eine unfreundliche Handlung empfunden wird. Auf unfreundliche Akte anderer Staaten kann man mit verschiedenen gestuften Maßnahmen reagieren, kann entweder seinen Botschafter zunächst einmal zur Berichterstattung zurückberufen, oder man kann auch einen weiteren Abbau einer solchen Mission vornehmen. Kurz, es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die noch vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen liegen. Und es ist klar, daß man einen so schwerwiegenden Schritt wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen immer nur nach sehr reiflicher Überlegung und in einer sehr ersten Situation tun wird. Aber soviel ist klar, daß diese ganze Frage für uns in der Tat eine äußerst ernste Frage ist und daß in dem Augenblick, in dem das Problem der Doppelvertretung Deutschlands bei dritten Staaten auftaucht, wir wahrscheinlich gar nicht anders können, als sehr ernste Konsequenzen daraus zu ziehen.

Frage:

Daß wir jede Anerkennung Pankows als unfreundlichen Akt betrachten würden, haben wir ja auch schon vorher gesagt?

Antwort:

Das ist bereits im Bundestag und bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich genug gesagt worden.

Frage:

Nun könnte natürlich jemand einwenden: Warum stellt ihr keine diplomatischen Beziehungen zu Polen, der CSR oder den südosteuropäischen Staaten her, nachdem ihr ja solche mit Moskau eingegangen seid?

Antwort:

Ich begrüße es sehr, daß Sie gerade diese Frage stellen, denn diese nach meinem Gefühl falsche Analogie wird in der Tat immer wieder gezogen. Wenn wir in Moskau die Tatsache hinnehmen, daß in Zukunft dort neben unserem Botschafter auch ein Botschafter des Pankow-Regimes sein wird, so nur deswegen, weil die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu uns eben eine ganz besondere Stellung einnimmt. Sie ge-

INHALT

Jede Anerkennung der „DDR“ ein unfreundlicher Akt	S. 1993
Interzonenhandel erreicht 550 Mill. DM	S. 1994
Rückgang des Flüchtlingszustroms	S. 1996
Finanzierung des Wohnungsbaus für 1956 gesichert	S. 1997
Ein neues Viehzählungsgesetz	S. 1998
6,6 Millionen laufende Renten der gesetzlichen Rentenversicherungen ...	S. 1998
Arbeitseinkommen und Verbrauch gestiegen	S. 1999

Botschafter-Essen beim Bundespräsidenten — Italienscher Staatsbesuch — Gespräch des Bundespräsidenten mit dem Bundeskanzler — Hohe Auszeichnung des scheidenden portugiesischen Gesandten — Deutsch-isländische Botschaften — Kulturarbeit der Vertriebenen — Dr. Frederik ver Hees † — X. Tagung des GATT abgeschlossen — Zollverhandlungen im Rahmen des GATT — Beratung des Wirtschaftskabinetts — Verhandlungen über die Auslandsschulden Berlins

hört zu den ehemaligen vier Besatzungsmächten. Sie gehört zu denjenigen vier Mächten, die die Spaltung Deutschlands durch die Einteilung Deutschlands in militärische Besatzungszonen herbeigeführt haben und die daher auch allein im Zusammenwirken die Einheit Deutschlands wieder herstellen können. Wenn wir die Beziehungen mit Moskau aufgenommen haben, obgleich solche Beziehungen zur „DDR“ bestehen, so doch nur mit der Maßgabe, die ja auch in dem Notenwechsel mit Moskau ihren Ausdruck gefunden hat, daß diese diplomatischen Beziehungen ein Mittel sein sollen auf dem Wege zur Überwindung der Spaltung und zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Dazu können uns aber diplo-

matische Beziehungen mit Polen, Ungarn, Rumänien und anderen kommunistischen Staaten nicht verhelfen. Das ist der große Unterschied.

Botschafter-Essen beim Bundespräsidenten

Die Pressestelle des Bundespräsidenten teilt mit: Der Bundespräsident gab am 9. Dezember in seinem Hause ein Essen für die zu einer Konferenz in Bonn versammelten deutschen Botschafter und Gesandten, an dem der Bundesminister für Auswärtiges Dr. von Brentano und leitende Beamte des Auswärtigen Amtes teilnahmen.

Interzonenhandel erreicht 550 Millionen DM

Neues Abkommen für 1956 — Die Berliner Wirtschaft stark beteiligt

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Dr. Heinrich Vockel, gab dem Nordwestdeutschen Rundfunk am 8. Dezember 1955 folgendes Interview:

Frage:

Aus der Ost- und Westpresse konnte man entnehmen, daß zur Zeit in Berlin Verhandlungen über den Interzonenhandel stattfinden mit dem Ziel, ein neues Interzonenhandelsabkommen für das Jahr 1956 abzuschließen, weil das alte Abkommen am 31. Dezember dieses Jahres ausläuft. Was ist eigentlich der Interzonenhandel, wie lange gibt es ihn schon, und wie geht er vor sich?

Antwort:

Interzonenhandel ist der binnendeutsche Handel zwischen den beiden getrennten Gebieten Deutschlands, ein Handel, der in normalen Zeiten, als Deutschland eine Einheit war, ohne große Vorbereitungen vor sich ging. Die Gebiete waren sehr miteinander verknüpft; da die Wirtschaftssysteme in beiden Gebieten heute völlig verschieden sind, haben sich die ökonomischen Verhältnisse natürlich völlig geändert. Es ist tatsächlich so, daß zum Beispiel in der gewerblichen Produktion die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin gezwungen waren, um die große Anzahl der Flüchtlinge in geordnete Arbeit zu bringen, Flüchtlingsbetriebe aufzubauen und diesen Flüchtlingsbetrieben dann die Herstellungsmöglichkeiten zu geben, die früher standortmäßig im Gebiet der jetzigen sogenannten „DDR“ liegen. Ich könnte das beispielsweise an der Fabrikation von Damenstrümpfen klarmachen, die früher fast ausschließlich im Chemnitzer Bezirk lag und in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik und in Berlin so entwickelt worden ist, daß der Bedarf aus dieser Produktion für diese freien Gebiete Deutschlands beinahe voll gedeckt werden kann. Wir haben früher Zuckeranbaugebiete gehabt, die im wesentlichen im Magdeburger Gebiet und in Schlesien lagen, und aus diesen Gebieten wurde die Zuckerversorgung ganz Deutschlands betrieben. Heute sind Zuckerrüben in so großem Umfang auch in Westdeutschland angebaut worden, daß beinahe der gesamte Bedarf gedeckt werden kann.

Frage:

Dann werden also im Interzonenhandel Zucker und Damenstrümpfe verhältnismäßig wenig gehandelt?

Antwort:

Ja; ich muß dazu noch etwas erklären: Wir hatten selbstverständlich mit dem Hinblick, daß wir recht bald wieder ein einheitliches Deutschland haben wollen, das letzte Interesse daran, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden getrennten deutschen Gebieten so eng wie möglich zu halten. Aber wir nennen das: wir wollen die Verhältnisse normalisieren, auf den normalen Stand bringen, soweit als möglich. Aber dadurch, daß wir in Westdeutschland 10 bis 11 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene hatten, ist diese Nor-

malisierung tatsächlich aus dem Geleise geraten, und Aufgabe des Interzonenhandels ist es an sich, im Interesse der beiderseitigen Bevölkerung, im Interesse auch der Vorbereitung der echten Wiedervereinigung diesen Austausch von wirtschaftlichen Gütern so groß wie möglich und so auszugestalten, daß wir damit auch die Vorbereitungen für die Wiedervereinigung treffen können.

Frage:

Wie lange gibt es nun schon diesen Interzonenhandel; wie lange hat man bereits entsprechende Abkommen zwischen den beiden Teilen abgeschlossen?

Antwort:

Durch die Blockade wurden die beiden Gebiete ja vorübergehend völlig getrennt; nach der Blockade hat man den Interzonenhandel in kleinem Umfang wieder aufgenommen, und seit Bestehen der Bundesregierung sind immer in den Monaten November und Dezember Abmachungen getroffen worden, die dann für das nächste Jahr Gültigkeit hatten und einen gewissen Umfang an Warenaustausch festlegten.

Frage:

Schriftliche Abmachungen? Da gibt es doch auf unserer Seite im Westen die Interzonen-Treuhandstelle?

Antwort:

Ja; auf unserer Seite haben wir die Treuhandstelle für den Interzonenhandel gegründet, 1949 schon, und auf der anderen Seite verhandelt eine andere Gruppe, eine beauftragte Gruppe des Ministeriums für den Außen- und Innenhandel. Wir haben bestimmte Waren genau umgrenzt festgelegt; Braunkohle z. B. ist in Mengen und in Preisen, Gegenlieferungen in Eisen und Stahl sind genau festgelegt worden und auch einige andere Waren. Bei anderen Waren, bei den freien gewerblichen Waren, vor allem bei Konsumgüterartikeln handelt es sich praktisch um Angebot und Nachfrage. Hier sind also auf beiden Seiten offene Möglichkeiten, den Handel gerade in diesen Gütern zu entwickeln. Wenn ich Zuhörer aus dem Gebiet Hamburg haben sollte, wo der Fischhandel eine Rolle spielt, so wissen diese Menschen, daß z. B. Hamburg und Bremen ein großes Interesse haben möglichst viele Fische in die sowjetische Besatzungszone zu liefern. Die Lieferungen aus Westdeutschland sind verhältnismäßig groß, vor allem für Fertigerwaren sehr groß, aber im Zusammenhang und zum Ausgleich des Interzonenhandels ist es natürlich notwendig, daß wir dann in gleichem Umfang auch Waren aus dem anderen Gebiet abnehmen. Daß wir also z. B. Damenstrümpfe, Glaswaren, bestimmte Büromaschinen, Schreibmaschinen und ähnliche Dinge abnehmen, die dort in großem Umfang hergestellt werden. Und so müssen wir also auch schon in unserem Rahmen, auf westdeutschem Gebiet, immer wieder abstimmen, daß wir Lieferwünsche und Bezugsmöglichkeiten in eine Einheit bringen.

Frage:

Im Ganzen ist es also eine Art Tauschhandel und keine Barzahlung von Fall zu Fall?

Antwort:

Ja; früher nannte man das mal Negerhandel, nicht wahr? Ich will dieses Wort nicht gebrauchen, weil es auch sicher nicht im Gebrauch ist, aber es ist tatsächlich ehrlich ein Handel Ware gegen Ware, Menge gegen Menge; die Verrechnung geschieht über eine sogenannte Verrechnungsmark, in bar wird nichts gezahlt, die Lieferungen und Bezüge wer-

Italienischer Staatsbesuch

Das Auswärtige Amt teilt mit: Der Staatsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten und des italienischen Außenministers in der Bundesrepublik, der wegen der seinerzeitigen Erkrankung des Bundeskanzlers verschoben werden mußte, ist nunmehr im Einvernehmen der beiden Regierungen für die Zeit vom 6. bis 9. Februar 1956 festgesetzt worden.